

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 1 · 43. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 25.1.2012

Rechte Gewalt

S. 3

Den Landtag erschüttert die rechts-extremistische Gewalt in Deutschland. Was ist in Nordrhein-Westfalen zu tun? Wie sollen Polizei und Verfassungsschutz zusammenarbeiten? Brauchen wir V-Leute?

Recht auf Religion

S. 5-6

Für die rund 320.000 Kinder und Jugendlichen muslimischen Glaubens soll es künftig islamischen Religionsunterricht geben. Eine weitere Glaubensfrage: Soll „Gott“ einen Platz in der NRW-Verfassung behalten?

Gerechnet

S. 7-11, 13

Der Etat für dieses Jahr wird heiß diskutiert. Gibt das Land zu viel oder zu wenig aus? Setzt die Regierung die richtigen Akzente? Die Fraktionen sind unterschiedlicher Meinung, die Sachverständigen auch.

Rechte Zeit

S. 15

Die Frage der Ladenöffnungszeiten beschäftigt den Landtag und Sachverständige. Das geltende Gesetz steht auf dem Prüfstand. Spätes Einkaufen bedeutet einen späten Feierabend im Einzelhandel. Was nun?

Zu viel? Zu wenig? Genug? Streit über Sparwillen im Landeshaushalt 2012

Richtig sparen, richtig ausgeben?

Kaufe nicht, was du brauchst, sondern was nötig ist, sagte einst der römische Gelehrte Seneca. Aber was ist nötig, was muss man kaufen, was investieren? Eine der Fragen, die nun nach der ersten Lesung über dem Haushalt 2012 schwebt. Angesichts der aktuell guten Konjunkturlage lässt sich eine der Positionen in der politischen Debatte mit dem Sprichwort zusammenfassen: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“ Denn noch sprudeln dank des derzeitigen Wirtschaftswachstums die Steuereinnahmen und sinken angesichts zurückgehender Arbeitslosenzahlen die Sozialausgaben. Dies aber könnte morgen schon anders aussehen. Außerdem drücken die Zinslasten, die je nach geltendem Zinssatz sogar noch steigen könnten. Und am Ende dieses Jahrzehnts wartet die Schuldenbremse: Ab dem Jahr 2020 darf auch das Land NRW laut Grundgesetz keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

EINE MÜNZE, ZWEI SEITEN

Wie aber gleichzeitig das heutige Wachstum auch für morgen sichern? Sind gerade dazu nicht Investitionen nötig – zum Beispiel in die Infrastruktur? Die NRW-Wirtschaft lebt schließlich auch vom Transport ihrer Güter sowie vor allem von Menschen und ihren Qualifikationen. Und

welche Folgen und Folgekosten hat es für morgen, wenn notwendige Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt, in Gruppen, die auf Betreuung und Förderung angewiesen sind, heute unterbleiben? Von den Investitionen in den Umweltschutz und in die Energiewende ganz zu schweigen. Denn Nordrhein-Westfalen soll ja auch morgen noch attraktiv sein: für die Menschen, die hier leben, aber auch für Unternehmen und Firmen aus dem In- und Ausland. Richtig sparen, richtig ausgeben: Jede Münze hat eben ihre zwei Seiten.

Hinzu kommt die Schuldenlast der Städte und Gemeinden. Sie brauchen mehr Geld vom Land, darüber herrscht im Landtag breiter Konsens. Aber auch hier streitet man über das Wieviel und die Frage, wie die zusätzlichen Mittel möglichst gerecht und angepasst an die Lage vor Ort verteilt werden sollen.

Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich derzeit der Landtag. Die Abgeordneten haben in erster Lesung über die Grundstrukturen des Haushalts beraten (siehe Seiten 7 bis 9). Ebenfalls hörten sie den Rat von Fachleuten, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften (Seite 13). Auch wenn Grundmeinungen schon feststehen (Seiten 10 bis 11): In die Einzelheiten geht es erst mit der zweiten Lesung am 14./15. März 2012. Und nach der dritten Lesung am 25./26. März wissen wir dann endgültig, wie das Parlament in seinem Königsrecht entschieden hat. CW



Schwerpunkt: Haushalt 2012

Lob, Zweifel und Kritik am Sparen	7-9
Schlag auf Schlag	10-11
Anhörung: „Dann fällt eben die Bundesliga aus“	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Innere Sicherheit: Rechte Gewalt: Landtag diskutiert Konsequenzen	3
Soziales: Strengere Kriterien für öffentliche Aufträge	4
Verfassung: Gott bewahre?	5
Bildung: Der Islam kommt in die Schule	6

Aus den Ausschüssen:

Meldungen	14
Wirtschaft: Shopping und Lebensqualität	15
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Der Raum der Stille	18
Portrait: Dr. Fritz Behrens (SPD)	19
Impressum	19
Termine	20

Rechte Gewalt: Landtag diskutiert Konsequenzen

Stellungnahmen zu einem Landesprogramm, zur Rolle der V-Leute und einem NPD-Verbotsverfahren

22. Dezember 2011 – Der Landtag zeigt sich bestürzt über die rechtsextreme Gewalt in Deutschland und debattiert über mögliche Konsequenzen für NRW. In einer Plenarsitzung hat der Innenminister das Parlament nun über einen Acht-Punkte-Plan unterrichtet. Auch SPD und Grüne fordern in einem Antrag (Drs. 15/3536) ein Landesprogramm gegen Rechts. Die Linke verlangt die öffentliche Aufklärung und Aufarbeitung der rechtsterroristischen Anschläge der Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (Drs. 15/3533).

Auf die Angriffe gegen „unsere Liberalität, unsere Weltoffenheit und unsere Demokratie“ antwortete Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit einem Acht-Punkte-Programm. Danach soll die Kriminalitätsstatistik künftig alle Straftaten von Rechtsextremisten ausweisen, auch etwa den Ladendiebstahl. Zusätzlich ist im Landeskriminalamt ein Kompetenzzentrum geplant.

ren. Nazis gehörten nicht in die Parlamente, sondern ins Gefängnis.

„Niemand wird als Rechtsextremist geboren“ – allerdings auch nicht als Demokrat, verwies Matthi Bolte (Grüne) auf die Verantwortung der ganzen Gesellschaft. Deswegen sei es Aufgabe aller, aktiv für Demokratie zu werben. „Die

log auch geeignet, um die Vorgänge innerhalb des Geheimdienstes zu beleuchten?“ Conrads pochte auf die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten und wandte sich gegen das System der V-Leute.

Dem widersprach Peter Biesenbach (CDU). „Wir brauchen V-Leute, um die Szene aufzuhellen“, sagte er und berief sich dabei auf „alle Experten“. Der Minister solle sich hierzu klar positionieren. Das vorgestellte Landesprogramm bewertete der Abgeordnete als vernünftig, vermisste aber konkrete Hinweise zur Umsetzung. Ebenfalls unterstützte er gemeinsame Aktivitäten auf Bundesebene wie ein Abwehrzentrum gegen Rechts, verstärkte Internetbeobachtung und eine Verbunddatei Rechtsextremismus. Offene Fragen sah Biesenbach allerdings bei der Dauer, für die personenbezogene Daten gespeichert würden. Er vermisste eine verfassungskonforme Neuregelung.

Handlungsbedarf bei Zusammenarbeit und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden sah auch Horst Engel (FDP). „Da haben Sie uns an Ihrer Seite“, versicherte er dem Innenminister und riet

Fotos: Schälte



Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Hans-Willi Körfges (SPD)

Matthi Bolte (Grüne)

Anna Conrads (Linke)

Peter Biesenbach (CDU)

Horst Engel (FDP)

Die Beobachtung soll künftig nicht mehr nur Gruppen, sondern auch den einzelnen Personen gelten. Jäger will zudem den Kontroll- und Ermittlungsdruck erhöhen und gewaltgeneigten Menschen den legalen Waffenbesitz verbieten. Auch mehr Prävention und ein intensiveres Aussteigerprogramm plant der Minister.

Erste Aufgabe des Rechtsstaates sei es, die Straffälligen zu ermitteln, zu erkennen, zu verhaften und zu verurteilen, erklärte Hans-Willi Körfges (SPD). Darüber hinaus regte er an, Straftaten, die sich gegen Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Abstammung, Einstellung, Religion oder Weltanschauung richteten, besonders zu bestrafen. Dies sei internationaler Standard und in Deutschland überfällig. Er begrüßte die vom Innenminister geplanten Schritte, stimmte ihm aber auch zu, dass das genaue Hinschauen „die Pflicht eines jeden Demokraten“ sei. Körfges zeigte Sympathie für ein NPD-Verbotsverfahren

beste Prävention gegen rechtes Gedankengut ist eine offene Gesellschaft“, erklärte er. Der demokratische Staat könne seine Freiheit nicht einer Sicherheit opfern, die die Grundrechte beschneide. Unabhängig davon gelte es, schwierigen Fragen nicht auszuweichen, thematisierte Bolte die Ängste vieler Menschen vor sozialem Abstieg. Zudem hielt er sensible Ermittlungsbehörden und starke Strukturen für unerlässlich bei der Bekämpfung von rechter Gewalt.

„Es fehlten in der Vergangenheit nicht die Befugnisse, es fehlte der Wille, sich den Nazis entgegenzustellen“, kritisierte Anna Conrads (Linke). Mit neuen Datensammlungen und Gremien würden noch keine Straftaten und Täter ermittelt. Sie bemängelte einen trotz vieler V-Leute ahnungslosen Verfassungsschutz bei der Bekämpfung rechter Gewalt, der dennoch weiter federführend bleiben solle. Vieles an Jägers Vorhaben fand die Linke lobenswert, fragte aber: „Ist Ihr Kata-

zu einer Verknüpfung von Polizei und Geheimdiensten auf der oberen Netzwerkebene, nicht darunter. Die Einsatzpraxis der V-Leute wie auch ihre Auswahl und Führung, sagte Engel, müsse auf den Prüfstand und erfordere weitergehende und einheitliche rechtliche Vorgaben. Ein NPD-Verbotsverfahren knüpfte Engel an die Voraussetzung hoher Erfolgchancen. „Der Verfassungsschutz darf mit seinen V-Leuten aber nicht zum Bestandsschutz der rechtsextremen NPD führen“, meinte er.

sow

Überweisung

Über den Antrag von SPD und Grünen (Drs. 15/3536) sollen nun der Hauptausschuss – federführend – und außerdem die Ausschüsse für Schule, Jugend, Inneres, Recht und Sport weiterberaten. Der Antrag der Linken (Drs. 15/3533) wurde zur Fachberatung an den Innenausschuss überwiesen.

Strengere Kriterien für öffentliche Aufträge

Kontroverse Diskussion um die Auswirkungen des Tariftreugesetzes

21. Dezember 2011 – Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken hat der Landtag das Tariftreugesetz in zweiter Lesung verabschiedet. Das Gesetz der Landesregierung (Entwurf Drs. 15/2379) beinhaltet eine Reihe von Kriterien des Umweltschutzes, der Energieeffizienz, der Frauenförderung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, an die öffentliche Aufträge ab einem Volumen von 20.000 Euro künftig gekoppelt sind. Zudem müssen die Unternehmen, die öffentliche Aufträge annehmen, ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 8,62 Euro zahlen. Im öffentlichen Nahverkehr sollen künftig repräsentative Tarifverträge gelten. CDU und FDP lehnten das Gesetz als überfrachtet und mittelstandsfeindlich ab.

Das Gesetz „mag gut gemeint sein, ist aber schlecht gemacht“, urteilte Hans-Dieter Clauser (CDU). Er kritisierte vor allem „vergabefremde Kriterien“ und hohe Bürokratiekosten. Das Gesetz schließe dadurch insbesondere kleine und mittlere Unternehmen von Vergaben aus und schränke in der Folge den Wettbewerb ein. Auch für die Kommunen bedeute das neue Vergabeverfahren einen erheblichen Mehraufwand, bemängelte der Abgeordnete. Die angedachte Entlastung durch eine übergeordnete Prüfbehörde plustere lediglich den staatlichen Verwaltungsapparat auf. Die CDU lehne das Gesetz daher rundum ab.

Rainer Schmeltzer (SPD) betonte dagegen, dass mit dem Gesetz faire Wettbewerbsbedingungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge geschaffen und somit Lohndumping und Wettbewerbsverzerrung verhindert würden. Wichtig sei dabei, dass der vergabespezifische Mindestlohn von 8,62 Euro auch für Beschäftigte in der Leiharbeit gelte. Das Tariftreugesetz schaffe Standards, die das wirtschaftlichste Angebot unterstützten und nicht das billigste. Ein eventueller Mehraufwand der Kommunen werde ausgeglichen.

Eine Prüfstelle im Wirtschaftsministerium solle die Einhaltung der Kriterien überwachen.

Der Einsatz für Energieeinsparungen, gerechte Löhne und Frauenförderung müsse sich auch in der Einkaufspolitik öffentlicher Auftraggeber widerspiegeln, so Daniela Schneckenburger (Grüne). Mit der Ablehnung des Gesetzes mache die CDU sich an dieser Stelle unglaublich. Bezüglich sozialer Standards und Nachhaltigkeit bewerte sie das Gesetz als einen Schritt nach vorn. Mit fairem Wettbewerb werde auch der Mittelstand unterstützt. Den Wunsch der Kommunen und Unternehmen, das Vergabeverfahren zu erleichtern, werde man mit dem eingeführten Präqualifizierungsverfahren berücksichtigen.

Von einem „schwarzen Tag für Nordrhein-Westfalen“ sprach dagegen Dietmar Brockes (FDP). Das Gesetz verteuere und verlangsamt die öffentliche Auftragsvergabe. Es Sorge für höhere Kosten und zusätzliche bürokratische Belastungen bei den Kommunen und benachteilige mittelständische Betriebe massiv. Zudem werde der Nahverkehr verteuert. Dies habe höhere Ticketpreise um drei bis vier Prozent oder eine

Ausdünnung der Linien zur Folge. Berechtigte Kritik und verfassungsmäßige Bedenken kämen beispielsweise von den kommunalen Spitzenverbänden, doch blieben diese bislang ungehört, kritisierte Brockes.

Der auf Druck der Linken und der Gewerkschaften nachgebesserte Gesetzesentwurf stelle unzweifelhaft einen Fortschritt dar, lobte Michael Aggelidis (Linke). Das betreffe den Mindestlohn, das Gebot der gleichen Bezahlung für Leiharbeitskräfte wie auch die Vorgabe eines repräsentativen Tarifvertrages im Nahverkehr. Zu bemängeln sei jedoch, dass die Vergabekriterien erst ab einer Grenze von 20.000 Euro griffen. Weiterhin fordere seine Fraktion einen höheren Mindestlohn von 10 Euro und ein zentrales Service- und Kompetenzzentrum, um die Umsetzung des Gesetzes zu überwachen.

Das Land leite mit dem Tariftreugesetz einen gesellschaftspolitischen Wandel im Beschaffungswesen ein, so Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD). Im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik rücke man ökonomische Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund. Öffentliche Auftraggeber und Unternehmen würden durch das Instrument der Eigenerklärung im Vergabeverfahren so gering wie möglich belastet. Weitere Entlastung brächten die Prüfstelle der Landesregierung sowie flankierende Hilfsmaßnahmen bei der praktischen Umsetzung.

Anica Bömke

Angenommen

Der Gesetzesentwurf (Drs. 15/2379) wurde – überarbeitet durch einen Änderungsantrag (Drs. 15/3603) – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.



Haus der Geschichte

Unter dem Motto „Impulse für ein Haus der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen“ hatte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (Foto, 2.v.l.) im Januar verschiedene Fachleute in der Villa Horion zu Gast. Die Expertinnen und Experten bestärkten den Landtagspräsidenten in seinen Überlegungen und gaben Hinweise, wie er auf dem Weg zur Verwirklichung des ehrgeizigen Projekts weiter vorankommen könne. Mit dabei waren auch Prof. Hans Walter Hütter (Foto l.), Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Thomas Schnabel, Direktor des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg (2.v.r.), sowie Dr. Ulrich Kröll von der Universität Münster (r.).

Foto: Schälte

Gott bewahre?

Alle anderen Fraktionen wenden sich gegen die Forderungen der Linken, den Gottesbezug aus der Verfassung zu streichen

22. Dezember 2011 – In der nordrhein-westfälischen Landesverfassung ist als eines der Erziehungsziele die Ehrfurcht vor Gott beschrieben. Das möchte die Linksfraktion per Gesetzentwurf ändern (Drs. 15/3532), weil ihr die Formulierung als widersprüchlich zur Religionsfreiheit erscheint, die im Grundgesetz festgeschrieben ist. Auch eine Erziehung „in Liebe zu Volk und Heimat“ lehnt die Fraktion ab, weil Liebe nicht anerzogen werden könne. In der Aussprache zum Gesetzentwurf zeigten sich jedoch alle anderen Fraktionen anderer Meinung, verwiesen auf den historischen Kontext und auf die damaligen Beratungen der Verfassungsväter und -mütter, die keineswegs eine Festlegung auf einen bestimmten Glauben im Sinn gehabt hätten.

Gunhild Böth (Linke) zeigte Verständnis dafür, dass damals vor dem Hintergrund des Faschismus eine klare Ausrichtung auf eine christliche Erziehung in der Verfassung verankert worden sei. Über eine einheitliche christliche Gesellschaft allerdings seien die Zeichen der Zeit und die gesellschaftlichen Entwicklungen hinweggegangen. Nicht nur Menschen ohne monotheistische Glaubensvorstellungen würden heute durch das Erziehungsziel ausgeschlossen, sondern auch Menschen, die nicht gläubig seien. Eine Verfassung aber müsse sich an alle Menschen im Land richten und dem Nichtglauben denselben Stellenwert einräumen wie dem Glauben.

In der Politik sei man nicht nur der Mehrheitsmeinung, sondern darüber hinaus dem Gewissen verpflichtet, verwies Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU) auf die Präambel der Verfassung. Das jedoch setze eine Gründung der sittlichen Person in ihrem Gottesverständnis voraus. Für Nichtgläubige gelte dasselbe wie für den neutralen Staat: die religiösen Gefühle anderer zu achten. Dies bedeute gerade nicht das Ausklammern religiöser Werte, sondern Toleranz – in multikulturellen Gesellschaften unabdingbar. Die Erziehungsziele Liebe und Ehrfurcht seien zwar nicht „pisafähig“, räumte Sternberg ein, schützten aber vor Radikalismus.

„Gott bleibt in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung“, bekräftigte Wolfram Kuschke (SPD). Mit der Rücksicht auf Migrantinnen und Migran-

ten sei eine Verfassungsänderung jedenfalls nicht begründbar. Das Erziehungsziel „Ehrfurcht vor Gott“ beziehe sich ebenso auf Jahwe, Allah oder transzendente Vorstellungen. Möglicherweise, vermutete der SPD-Abgeordnete, gehe es auch weniger um den Respekt vor Atheisten, womit die SPD kein Problem habe, sondern mehr um Nihilisten. Eines sei für die Verfassungsväter und -mütter damals wesentlich gewesen: Bei allem Respekt komme es auch darauf an, einen eigenen Standpunkt zu haben.

Ehrfurcht bedeute Respekt und Anerkennung, erklärte Sigrid Beer (Grüne). Sie zitierte aus Protokollen des Verfassungsausschusses, der den Gottesbezug ausgiebig diskutiert habe. Niemand habe anderen einen Glauben vorschreiben wollen. Auch der Parlamentarische Rat habe in einem Gottesbezug im Grundgesetz keine Bevormundung, keine Vermischung von Kirche und Staat und keine Beeinträchtigung der Freiheitsgarantie für Nichtgläubige gesehen. Er sei aber nach den Erfahrungen der NS-Zeit überzeugt gewesen, dass Grundrechte einer metaphysischen Verankerung bedürften. „Ist das eine Diskussion, die überholt ist?“, fragte Beer erstaunt.

Dietmar Brockes (FDP) unterstrich, „Ehrfurcht vor Gott“ meine eher die Ehrfurcht vor dem Höheren. So seien auch Erziehungsziele nicht unabdingbar religiös geprägt. Eine Erziehung zu christlichen Werten ziele auch auf Offenheit gegenüber An-

ders- und Nichtgläubigen. Es gehe darum sicherzustellen, dass Kinder zu einem Wertebewusstsein, Miteinander und gegenseitigem Respekt erzogen würden. Wie im Grundgesetz stärke das Erziehungsziel die Freiheit zu glauben, aber auch die Freiheit, nicht zu glauben. Dies berühre die Grundfeste der Demokratie. „Und das wollen Sie ändern?“, fragte Brockes in Richtung der Linksfraktion.

Die Formulierungen seien offen genug für jedes persönliche Gottesverständnis, für Nichtgläubige und für alle, denen die „Liebe zu Volk und Heimat“ etwas altmodisch vorkomme, meinte Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Heute spreche man eher von Wertschätzung. Diese habe nichts mit nationaler Überheblichkeit zu tun, wie die folgenden Erziehungsziele, nämlich Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung, zeigten. Die „Ehrfurcht vor Gott“ habe klarstellen sollen, dass der Mensch nicht das Maß aller Dinge sei. Und gläubige Menschen seien vielleicht allen im Parlament lieber als solche, deren einziger Gott Mammon heiße. sow

Überweisung

Einstimmig hat das Plenum den Gesetzentwurf zur Fachberatung an den Haupt- und Medienausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen.

Foto: Schälte

Der Islam kommt in die Schule

Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts ist beschlossene Sache

21. Dezember 2011 – Laut Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 15/2209) soll in Nordrhein-Westfalen islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen eingeführt werden. Die Ausbildung der Lehrkräfte soll an deutschen Hochschulen, der Unterricht nach deutschen Lehrplänen und unter deutscher Schulaufsicht erfolgen. Um die Lehrinhalte festzulegen, ist als Übergangslösung ein religionspädagogisch qualifizierter, staatsunabhängiger Beirat geplant. Denn eine einheitliche islamische Religionsgemeinschaft, die dafür laut Verfassung eigentlich zuständig wäre, gibt es bisher nicht. Das Gesetz ist bis 2019 befristet.

Als fair und zugleich im Eigeninteresse der Gesellschaft empfand **Michael Solf** (CDU) die Einführung des islamischen Religionsunterrichts. Man wolle den muslimischen Menschen das selbe zugestehen wie auch allen anderen: Religionsunterricht. Die Gesellschaft profitiere auf der anderen Seite insofern, als der Unterricht gegen Fundamentalismus und religiöse Abschottung wirke. Statt auf blinden religiösen Eifer zielen er auf einen reflektierten, vom Verstand verantworteten Glauben. Zwar gehe die Einrichtung des Unterrichts an rechtliche Grenzen, man nehme die Schwierigkeiten aber in Kauf, weil Integration gelingen müsse.

Das Gesetz lege den Grundstein dafür, dass Kinder muslimischen Glaubens künftig ein ganz normaler Bestandteil des Landes seien, nicht mehr und nicht weniger. „Das ist die eigent-

liche, positive Botschaft des heutigen Tages“, unterstrich **Sören Link** (SPD). Er räumte ein, dass die konkrete Arbeit nun erst beginne. Es gelte, Lehrkräfte zu finden und auszubilden, Lehrpläne zu erarbeiten und eine Kultur des Wollens an den Schulen zu etablieren. Der Abgeordnete zeigte sich zuversichtlich, dass das Gesetz nach 2019 nicht mehr gebraucht, weil die Frage islamischer Religionsgemeinschaften bis dahin hoffentlich geklärt sein werde.

Arif Ünal (Grüne) sprach von einer historischen Zäsur. Erstmals arbeiteten Staat und muslimische Organisationen auf freiwilliger Basis strukturell zusammen. Ein zehn Jahre alter überparteilicher Konsens im Landtag, die Entwicklung einer gemeinsamen Stimme der muslimischen Verbände und auch die grundsätzliche Unterstützung der christlichen Kirchen zur Einfüh-

rung eines islamischen Religionsunterrichts hätten dies möglich gemacht. Muslime und Muslima stellten in NRW knapp 10 Prozent der Bevölkerung. Somit hole das Parlament lediglich etwas nach, was längst fällig gewesen sei, erklärte der Grünen-Sprecher.

Ihre Fraktion unterstütze das gemeinsame Ziel eines islamischen Religionsunterrichts, betonte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Sie habe aber bei der geplanten Beiratslösung verfassungsrechtliche Bauchschmerzen und könne dem Gesetzentwurf deshalb nicht zustimmen. Zwar bedauerte sie, dass sich eine anerkannte islamische Religionsgemeinschaft bisher noch nicht gebildet habe. Bis dies geschehe, müsse der Religionsunterricht aber warten. Ein Scheitern der Übergangslösung vor Gericht könne dem gesamten Anliegen enormen Schaden zufügen und auch das Entstehen einer Religionsgemeinschaft behindern, warnte die Abgeordnete.

Der Gesetzentwurf räume die Bedenken aus der Expertenanhörung nicht aus, kritisierte **Gunhild Böth** (Linke). „Die Legitimation der Vertreterinnen und Vertreter dieses Beirats ist das ganz große Problem“, sagte sie. Zum einen sei die beteiligte Organisation DITIB vom türkischen Staat abhängig, auch finanziell. Zum anderen hätten Verfassungsrechtler mokierte, der deutsche Staat greife in die Hoheit der Religionsgemeinschaften ein, wenn das Schulministerium Personen in den Beirat entsende. Außerdem handle es sich bei dem Gesetzesvorhaben nicht um die Einführung eines islamischen, sondern eines sunnitischen Religionsunterrichts.

„Ich halte die gebaute Brücke für stabil und freue mich darauf, sie auch zu benutzen“, verteidigte **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne) das Beiratsmodell. Ohne Zwischenlösungen werde sich ein zügiges Vorankommen nicht realisieren lassen, zitierte sie einen Wissenschaftler und warb für Verständnis, dass die Politik sich an einer solchen Stelle entscheiden müsse. Der islamische Religionsunterricht ermögliche es vielen Menschen, Deutschland mehr zu ihrer Heimat werden zu lassen. Die Anhörung habe Mut gemacht, und das Vorhaben sei rechtlich gut abgesichert. Das Beiratsmodell sei auf freiwilliger Basis entstanden. sow

Zustimmung

Der Gesetzentwurf (Drs.15/2209) fand mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen gegen die der Linksfraktion bei Enthaltung der FDP eine parlamentarische Mehrheit und wurde angenommen.

Lob, Zweifel und Kritik am Sparen

Regierung strebt verfassungsgemäßen Haushalt 2012 an

21. Dezember 2011 – Kurz vor Weihnachten hat der Landtag in erster Lesung den Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 debattiert (Drs. 15/3400). Trotz eines Ausgabenplus von 3,1 auf 58,4 Milliarden Euro geht die Regierung davon aus, mit der Verschuldung (geplant: knapp 4 Milliarden Euro) die verfassungsgemäße Obergrenze zu unterschreiten. Man wolle in der „Spitzenzone der Sparsamen“ landen, unterstrich Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans. CDU wie auch FDP bezweifelten jedoch den Sparwillen der Regierung und warfen ihr eine Politik „auf Pump“ vor. Die Linke wandte sich gegen einen finanzpolitischen Kurswechsel und forderte verstärkte sozialökologische Investitionen.

Nicht ohne Stolz präsentierte Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) den NRW-Haushaltsentwurf 2012. Damit verband er zwei Botschaften. Erstens stelle die Regierung die Weichen weiterhin auf Zukunftsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand in NRW. Zweitens zeige der Haushaltsplan, dass Rot-Grün die Aufgabe der Konsolidierung ernst nehme. In diesem Zusammenhang betonte der Minister die Notwendigkeit, nicht nur Ausgaben zu senken, sondern auch höhere Einnahmen zu erzielen. Deswegen sei die Grunderwerbsteuer auf 5 Prozent gestiegen, die Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes rückgängig gemacht und zusätzliches Personal für die Steuerprüfung eingestellt worden. Wirkliche Konsolidierung bedeute mehr als bloßes Kürzen und Kappen und dürfe nicht zulasten der Bildung und der Kommunen geschehen, erklärte Walter-Borjans. Gerade letztere gelte es zu unterstützen und zu stärken. Fast 30 Prozent aller Gesamtausgaben seien deshalb für die Städte und Gemeinden bestimmt. Wesentliche Mehrausga-

ben entfielen auch auf den Hochschulpakt und die Schulpolitik, um das Land zukunftsfähig zu machen. Zum Schuldenabbau stellte der Minister in Aussicht: „Wir werden alles daransetzen, diese Entwicklung fortzuführen und so bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.“ Mit der mittelfristigen Finanzplanung stelle sich die Regierung dem im Grundgesetz vorgegebenen Auftrag zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Wer 4 Milliarden Euro neue Schulden mache, „der spart nicht, sondern arbeitet weiter an seinem Image als Schuldenkönigin von Deutschland“, warf der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann der Ministerpräsidentin vor. In

sich Laumann besorgt und bezeichnete die Politik der Landesregierung als „innovationsfeindlich“. Die Kommunen im Land würden erdrückt von Lasten und Ausgaben. Entsprechend müsse der Haushalt ausgestaltet werden, um Städten und Gemeinden zu helfen, appellierte er an die Regierung. Verwundert zeigte er sich, dass sie die finanzielle Haftung des Landes für die ausgegliederte Service-Bank der WestLB in Höhe von 1 Milliarde Euro nicht in den Stammbudget für 2012 aufnehmen wolle.

„Klare Ziele, klare Prioritäten, das zeichnet diesen Haushalt aus“, lobte SPD-Fraktionschef Norbert Römer. Rot-Grün investiere konsequent in die Zukunft. Im Fokus: die Förderung von Kindern und Familien, Bildung als Schlüssel zur Chancengleichheit, die kommunale Finanzsituation sowie Wachstumschancen für Wirtschaft, Industrie und Arbeitsmarkt – nicht zuletzt durch den Fortschrittmotor Klimaschutz. „Wir lassen keinen Menschen zurück“, betonte Römer mit Verweis auf den bundesweiten Armutsbericht, der NRW eine steigende Armutsquote attestiere – auch ein Ergebnis der Politik der Vorgängerregierung, warf Römer CDU und FDP vor. Solche Zahlen dürften die Politik nicht kaltlassen, präventives Handeln sei gefragt. Zudem kritisierte Römer die Vorgängerregierung dafür, dass sie in der Vergangenheit versucht habe, mit der Rasenmäher-Methode die Landes-Personalkosten zu senken. Seine Fraktion habe andere

Fotos: Schälte



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

ganz Europa werde die bundesdeutsche Schuldenbremse zum Vorbild, nur in NRW gelinge es nicht, sie einzuführen, so Laumann. Keinen einzigen Sparvorschlag habe er seitens der Landesregierung gehört. Sie habe nicht den Mut, konkrete Einsparpotenziale zu benennen. In seiner Rede ging der Abgeordnete auf zahlreiche Politikfelder ein. So werde es etwa die Landesregierung nicht schaffen, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren ab Sommer 2013 zu erfüllen, befürchtete Laumann. Ebenso kritisierte er die Landesplanung als den energiepolitischen Erfordernissen nicht angemessen. „Nordrhein-Westfalen muss seinen Wohlstand mehren. Sonst können wir die zukünftigen Aufgaben nicht bewältigen“, zeigte

Ansprüche: Das Personal müsse den Aufgaben folgen und nicht umgekehrt. „Wir prüfen genau und zielorientiert.“ Angesichts der angestrebten Nettoneuverschuldung bis zum Jahr 2020 müsse das Land seine Mittel auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren. Gleichzeitig betonte Römer: „Ohne Einnahmeverbesserung zur Lösung der strukturellen Probleme des Landes geht es aber nicht.“ Es sei daher unverantwortlich, Steuern zu senken. Zudem forderte er: „Den Aufbau Ost mit dem Abbau West zu finanzieren, damit muss endlich Schluss sein.“

Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender der Grünen, dankte zunächst den Oppositionsfraktionen für eine konstruktive Zusammenarbeit

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Haushaltseckdaten

	2008 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Soll)	2012 einschl. Ergänzung**
Haushaltsvolumen	51,3 Mrd. €	55,3 Mrd. €	53,91 Mrd. €	55,26 Mrd. €	58,39 Mrd. €
Steuereinnahmen	42,1 Mrd. €	38,5 Mrd. €	38,00 Mrd. €	40,23 Mrd. €***	43,10 Mrd. €
Nettoneuverschuldung	1,12 Mrd. €	5,98 Mrd. €	4,92 Mrd. €	4,82 Mrd. €	3,97 Mrd. €
Investitionen (Investitionsquote*)	4,6 Mrd. € (9,5 %)	7,1 Mrd. € (12,9 %)	5,76 Mrd. € (10,7 %)	5,3 Mrd. € (9,7 %)	5,6 Mrd. € (9,6 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote*)	4,82 Mrd. € (9,5 %)	4,74 Mrd. € (8,7 %)	4,49 Mrd. € (8,4 %)	4,4 Mrd. € (8,1 %)	4,6 Mrd. € (7,9 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote*)	19,0 Mrd. € (37,7 %)	20,6 Mrd. € (37,1 %)	20,47 Mrd. € (38,1 %)	21,6 Mrd. € (39,3 %)	22,2 Mrd. € (38,3 %)

* Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt.

Quelle: Finanzministerium NRW

** Stand Einbringung Haushalt 21.12.2011, *** beinhaltet 1,3 Mrd. Euro globale Mehreinnahmen.



Innenminister Ralf Jäger (SPD)

bei einzelnen politischen Entscheidungen. Er rief alle Fraktionen dazu auf, die wesentliche finanzpolitische Herausforderung ebenfalls gemeinsam anzugehen, nämlich für gerechtere Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu sorgen. Weil der Bund sich finanziell an den Kommunen vergreife, habe er das Land NRW in den Jahren 2007 bis 2010 mit 3,5 Milliarden Euro und zusätzlich die NRW-Kommunen mit 1,5 Milliarden Euro belastet. Nur wenn der Bund sich deutlich mehr an den Soziallasten der Kommunen beteilige, sei die Verschuldungsgrenze im Land überhaupt zu erreichen. Vor diesem Hintergrund bewertete Priggen Laumanns Rede als Oppositionsrhetorik, die an der Realität weitgehend vorbeigehe. Von den geplanten 3,1 Milliarden Euro Mehrausgaben im Jahr 2012 hätte auch Laumann mit seiner CDU-Fraktion über 90 Prozent mittragen müssen, argumentierte Priggen. Der Großteil entfalle nämlich auf gesetzliche Verpflichtungen und auf die Entlastung der Kommunen, die auch die CDU wolle. Was dann noch übrig bleibe, seien zum einen 250 Millionen Euro für die Abschaffung der Studiengebühren – ein „Auslaufmodell“ in Deutschland, an dem nur zwei Bundesländer festhalten wollten. Der andere

Posten entfalle auf das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr, das die CDU in der Sache selbst unterstütze.

Weder zustimmungsfähig noch hinnehmbar sei der vorliegende Entwurf des Haushalts 2012, erklärte Dr. Gerhard Papke (FDP) für seine Fraktion. Die Landesregierung habe keinen Spar-, sondern vielmehr einen Schuldenhaushalt vorgelegt. Trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe treibe sie die Neuverschuldung in die Höhe. Obwohl die Landesregierung mittlerweile eine Schuldenlinie vom Grundsatz her akzeptiere, beabsichtige sie nicht ernsthaft, den dafür ab 2020 notwendigen ausgeglichenen Haushalt schon jetzt anzustreben. Insbesondere kritisierte Papke zusätzliche Stellen in der Landesverwaltung, vor allem im Umweltbereich, sowie die Finanzierung der gestrichenen Studienbeiträge „auf Pump“. Mit Blick auf Wachstum, Beschäftigung und Steuereinnahmen warnte der FDP-Fraktionsvorsitzende vor einer „Gängelungswut“ sowie vor einer „Steuererhöhungsorgie“. Je mehr man die Steuerschraube anziehe, desto niedriger seien am Ende die Steuereinnahmen, meinte Papke. Anders als andere Bundesländer müsse NRW im kommenden Jahr mit steigenden Arbeitslosen-

zahlen rechnen. Konkret wandte er sich gegen aus seiner Sicht mittelstandsfeindliche Auflagen durch das Klimaschutzgesetz, durch das Tariftrueugesetz, durch mögliche Änderungen bei den Ladenöffnungszeiten sowie die erweiterten Möglichkeiten für öffentliche Unternehmen, sich wirtschaftlich zu betätigen. Auch bei der Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle habe sich die Landesregierung ins Abseits manövriert.

„Die verspätete Einbringung des Haushalts 2012 verstößt gegen die Verfassung unseres Landes“, kritisierte Linken-Fraktionschef Wolfgang Zimmermann. Es wäre machbar gewesen, das Gesetz im September einzubringen und im Dezember abzuschließen, meinte er. „Dann hätte es für die Menschen, für die Organisationen und für die Initiativen, die in diesem Lande davon abhängig sind, Sicherheit gegeben.“ Nun würden Investitionen verzögert, teils sogar verhindert. Zudem liege der Entwurf erst seit zwei Tagen vor, was eine echte Debatte kaum möglich mache. Inhaltlich warf Zimmermann Rot-Grün eine halbherzige Reformpolitik vor, die nun verstärkt auf

Einzeletats (in Milliarden Euro)	
	2012
Landtag	0,109
Ministerpräsident	0,119
Innen	4,873
Justiz	3,638
Schule und Weiterbildung	14,991
Innovation, Wissenschaft, Forschung	6,658
Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	2,500
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	0,910
Arbeit, Integration und Soziales	2,848
Finanzen	2,002
Landesrechnungshof	0,040
Wirtschaft, Energie, Bauen und Verkehr	4,030
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	0,938
Allgemeine Finanzverwaltung	14,734
Summe	58,389

Fotos: Schälte



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Wolfgang Zimmermann (Linke)



Bodo Löttgen (CDU)

Michael Hübner (SPD)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Horst Engel (FDP)

Özlem Alev Demirel (Linke)

CDU und FDP eingehe. Seiner Fraktion gehe es um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen. „Eine Politik im Interesse des Kapitals machen wir in diesem Landtag nicht mit.“ Zudem betonte der Linke, dass das Land ein Steuerplus nicht nur zur Haushaltskonsolidierung einsetzen dürfe – die Investitionen von heute seien der gesellschaftliche Reichtum von morgen. Er forderte ein Zukunftsinvestitionsprogramm und erklärte mit Blick auf die Haushaltseinnahmen, die beste Schuldenbremse sei die Vermögenssteuer. Zudem kritisierte Zimmermann die vorgesehene Höhe der globalen Minderausgaben. Er befürchtete, dass die Regierung so Sozial- und Personalabbau am Parlament vorbei organisieren wolle und stellte klar: Weder Zustimmung noch Enthaltung der Linken gebe es zum Nulltarif.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Insgesamt 1,25 Milliarden Euro habe die rot-grüne Landesregierung den Kommunen über die Gemeindefinanzierungsgesetze seit 2010 zur Verfügung gestellt, betonte Innenminister Ralf Jäger (SPD). Des Weiteren habe man im vorliegenden Entwurf für 2012 die Grunddaten aktualisiert, den Soziallastensatz, den Schüleransatz und den Zentralitätsansatz geändert sowie einen Flächenansatz und einen Demographiefaktor eingeführt. Dadurch möglicherweise geringere Zuweisungen an einzelne Kommunen würden durch eine Abmilderungshilfe von 70 Millionen Euro aufgefangen.

Von einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen könne keine Rede sein, klagte demgegenüber **Bodo Löttgen** (CDU). Mit ihren Gemeindefinanzierungsgesetzen betriebe die Landesregierung seit dem Jahr 2010 SPD-Klientelpolitik und spalte die kommunale Familie. Sie benachteilige kleinere und mittlere Kommunen im ländlichen Raum gegenüber kreisfreien Städten im Ruhrgebiet. Auch habe sich der Konflikt über die Höhe der Kreisumlage extrem zugespitzt. Im Jahr 2013, warnte der Abgeordnete, werde sich so manche Gemeinde im Nothaushalt wiederfinden.

Als „historisch bestes Gemeindefinanzierungsgesetz“ bezeichnete **Michael Hübner** (SPD) den aktuellen Gesetzentwurf. Profitieren würden auch kreisangehörige Städte, die hohe Soziallasten tragen müssten. Außerdem habe Rot-Grün mit einer Änderung der Gemeindeordnung erreicht, dass Kommunen eine realistische Zeitspanne zur Konsolidierung bekämen. Der Finanzsaldo, um den es bei den Städten und Gemeinden gehe, betrage 2,85 Milliarden Euro, sagte der SPD-Sprecher. Diese Summe sei nur in den Griff zu bekommen, wenn auch der Bund seinen Teil beitrage.

„Wir tun als Land das, was bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit möglich ist“, lobte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) die Aktivitäten der Landesregierung in Sachen Gemeindefinanzierung. Ab dem Jahr 2014 gebe es eine Entlastung der NRW-Kommunen von insgesamt 1,7 Milliarden Euro – 1 Milliarde durch den Bund, 700 Millionen Euro durch das Land. Die Kritik der CDU sei dagegen

mit keiner Zahl belegt. Der Grünen-Sprecher forderte weitere Entlastungen durch den Bund, ansonsten müsse es ab 2014 eine Solidarumlage der finanzstarken Kommunen in NRW geben.

Horst Engel (FDP) kritisierte eine größer werdende Schere bei den Finanzausweisungen an die einzelnen Kommunen. Wenn „angeblich besonders finanzbedürftige“ Kommunen überproportional mehr Geld bekämen als „normale“, dann könne man von einer „Einwohnerveredlung“ sprechen. Er befürchtete daher auch mit Blick auf die Neubemessung des Soziallastensatzes „massive Umverteilungen“ innerhalb der kommunalen Familie. Fragwürdig sei auch die Anhebung des Zentralitätsfaktors, da zentrale Orte von der Ansiedlung vieler Gewerbetreibender profitierten.

Dass es jetzt mehr Geld für die Städte und Gemeinden geben solle, sei eine Folge höherer Steuereinnahmen, widersprach **Özlem Alev Demirel** (Linke) der Darstellung der Regierungskoalition. In den letzten beiden Jahrzehnten hätten CDU, SPD, Grüne und FDP eine Politik zu Lasten der Kommunen betrieben. Die jüngsten Hilfen seien nur mit Unterstützung der Linken möglich gewesen. Das vorliegende GFG könne ihre Fraktion aber nicht mittragen, da sie einen erneuten Vorwegabzug beim kommunalen Finanztopf und eine Beibehaltung des niedrigen Verbundsatzes ablehne.

Die Redaktion

Daten und Fakten

Das Haushaltsvolumen beträgt rund 58,4 Milliarden Euro. Damit liegen die Ausgaben 3,1 Milliarden Euro über denen des Jahres 2011. Vorgesehen ist eine Netto-neuverschuldung von knapp 4 Milliarden Euro, der eigenfinanzierte Investitionen von knapp 4,2 Milliarden Euro gegenüberstehen. Laut Landesverfassung darf die Netto-neuverschuldung die Höhe der Investitionen nicht übersteigen. Die erlaubte Obergrenze wird laut Entwurf in diesem Jahr um 191 Millionen Euro unterschritten.

Mehr Geld bekommen sollen vor allem die Ministerien für Arbeit, Integration und Soziales (+756 Mio. Euro), Schule und Weiterbildung (+665 Mio. Euro) sowie

Innovation, Wissenschaft und Forschung (+445 Mio. Euro).

In Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz wird die Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 (Drs. 15/3401), das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 (Drs. 15/3402) sowie das Stärkungspaktfondsgesetz (zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung, Drs. 15/3427) beraten.

Nun befinden sich die vier Beratungsgegenstände in den Fachausschüssen zur Detaildiskussion. Außerdem nehmen Sachverständige Stellung zum Haushaltsgesetz (Seite 13), bevor das Plenum des Landtags in zweiter und dritter Lesung über den Haushalt berät und schließlich entscheidet.

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	8.421 Millionen (+500 Millionen)
Schlüsseluweisungen	7.145 Millionen (+424 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5.608 Millionen
• Kreise	836 Millionen
• Landschaftsverbände	701 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Millionen
Investitionspauschalen	555 Millionen (+33 Millionen)
Pauschale Bedarfzuweisungen	30 Millionen (+2 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.

**Der vorliegende Haushaltsentwurf trägt zur Erfüllung der Schuldenbremse ab 2020 ...**

... in keiner Weise bei. 2012 werden die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erzielt. Dennoch will die rot-grüne Minderheitsregierung das Land um weitere 4 Milliarden Euro verschulden, während sich SPD und Grüne der Aufnahme einer wirksamen Schuldenbremse in unsere Landesverfassung verweigern.

... bei. Mit dem Entwurf setzt die Landesregierung klare Zeichen für eine Stärkung der wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben bei gleichzeitigem konsequentem Abbau der Nettoneuverschuldung! Die Verschuldung liegt immerhin um 1,5 Mrd. Euro unter den Plänen der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

Im Haushalt sind die Bemühungen um Einnahmeverbesserungen ...

... pure Augenwischerei. Gemessen an den Bundesdaten sind die Steuereinnahmen deutlich zu hoch angesetzt. Der Länderfinanzausgleich ist um 250 Millionen Euro schön gerechnet, und 170 Millionen Euro veranschlagte Einnahmen aus den kirchlichen Schul- und Studienfonds sind eine reine Luftbuchung.

... insbesondere bei der Grunderwerbsteuer ersichtlich. Mit Mehreinnahmen durch zusätzliche Betriebsprüfer, die auch zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen, rechne ich erst in ein bis zwei Jahren. Dank der robusten Konjunktur entwickeln sich die Steuereinnahmen allgemein sehr gut.

Die Förderung von Familien, Kindern und Bildung ist im Haushaltsentwurf ...

... nicht zielführend. Bundesweit ist die Versorgung mit U3-Betreuungsplätzen nirgendwo schlechter als in NRW. SPD und Grüne werden den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 nicht erfüllen. Die Mittelvergabe ist viel zu bürokratisch. Die Investitionsmittel für den Ausbau kommen nicht an.

... ein wesentlicher Schwerpunkt! Ausbau der Kitas, der U3-Betreuung und des Ganztagsunterrichts, Verbesserung der Betreuungs- und Unterrichtsqualität, Inklusion ... All dies belegt: Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen, sondern optimal fördern!

Die Gesamthöhe der Mittel für die Kommunen bewerte ich als ...

... unzureichend. Die strukturelle und nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Der rot-grüne „Schwächungspakt“ ist nicht zielführend, nicht nachhaltig und damit unfair und sozial ungerecht.

... gewaltigen Kraftakt. Mit 8,4 Mrd. Euro ist das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) so hoch wie noch nie. Auch der Stärkungspakt Stadtfinanzen und die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer sind wichtige Signale an die Kommunen: Wir stehen an eurer Seite! Nun ist endlich der Bund in der Pflicht!

Die neu geregelte Differenzierung der Förderung von Städten und Gemeinden halte ich für ...

... eine erhebliche strukturelle Benachteiligung des kreisangehörigen Raums. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 wurden dem ländlichen Raum 140 Millionen Euro entzogen, mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 weitere 100 Millionen Euro. SPD und Grüne spalten die kommunale Familie.

... gerechter! Die Schlüsselzuweisungen im GFG 2012 bilden die besonderen Belastungen in den einzelnen Kommunen besser ab, als dies zu Zeiten der schwarz-gelben Vorgängerregierung der Fall war.

Diesmal geht es um den Landeshaushalt 2012.



... ganz wesentlich bei. 750 Millionen Euro werden eingespart und die Neuverschuldung – anders als bei CDU und FDP im Bund – weiter abgesenkt. Trotzdem sparen wir nicht zu Lasten der Zukunft, weil das teure Reparaturkosten bedeuten würde.

... nicht bei. Obwohl SPD und Grüne 2012 die höchsten Steuereinnahmen der Geschichte NRW erwarten, planen sie, ca. 4 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Der Haushaltsentwurf lässt keine ernsthaften Absichten erkennen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten.

... deswegen nicht bei, weil ein schuldenfreier Haushalt nur durch Steuermehreinnahmen, z.B. über höhere Spitzensteuern oder eine Millionärssteuer ermöglicht wird. Sparpolitik kann das Problem nicht lösen!

... auf Landesebene weitgehend ausgeschöpft. Steuererleichterungen für Besserverdienende haben NRW viele Milliarden Euro gekostet. 49 Prozent Spitzensteuersatz, eine Vermögenssteuer und eine vitale Gewerbesteuer sind notwendige Bausteine, um ein handlungsfähiges Gemeinwesen wieder herzustellen.

... von SPD und Grünen einseitig zu Lasten der Bürger und des Mittelstands angelegt. Statt Impulse für mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und damit höhere Steuereinnahmen zu setzen, dreht Rot-Grün an vielen Stellen an der Steuer-schraube. Die Folge werden letztlich geringere Einnahmen sein.

... nicht wirklich erkennbar. Dazu müssten u. a. mehr Steuerprüfer eingestellt – sofort mindestens 500! – und Ausbildungsplätze für Steuerprüfer geschaffen werden. In NRW geht die Schere zwischen Arm und Reich ansonsten immer weiter auseinander.

... wieder ein wichtiger Schwerpunkt. Wir investieren in kleinere Klassen, Ganztagsbetreuung und Inklusion und setzen unsere Zusagen für Gebührenfreiheit in Kita und Hochschule weiter um. U3-Betreuungsplätze werden ausgebaut und Hochschulen auf den Doppeljahrgang 2013 vorbereitet.

... nicht effektiv umgesetzt, da kostspielige Wahlversprechen finanziert werden. Die Abschaffung der Studienbeiträge, das beitragsfreie dritte Kitajahr und die Kompensation durch neue Schulden führen zu Verschlechterungen bei der Qualität von Betreuung und Lehre und belasten alle Steuerzahler durch höhere Zinsen.

... bei weitem nicht ausreichend. Kinderbetreuung muss kostenfrei sein, es müssen ausreichend Kita-Plätze für alle Kinder zur Verfügung gestellt und die Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden.

... Beleg für den von Rot-Grün eingeleiteten Paradigmenwechsel zugunsten der Kommunen. 8,4 Mrd. Euro bedeuten das höchste GFG überhaupt. Mit weiteren 415 Mio. Euro Stärkungspaktmitteln übernimmt das Land umfassend Verantwortung für notleidende Kommunen. Jetzt wären CDU und FDP im Bund am Zug.

... Kraftakt für den Landeshaushalt. Den Kommunen wird 2012 der größte Steuerverbund aller Zeiten zur Verfügung stehen. Dazu kommen die Mittel für den Stärkungspakt Stadtfinanzen, mit denen besonders hoch verschuldeten Kommunen geholfen und gleichzeitig ein Anreiz für mehr Sparsamkeit gesetzt wird.

... bei weitem nicht ausreichend. Wenn Schwimmbäder und Büchereien geschlossen werden und Sozialeinrichtungen wegen Unterfinanzierung die Menschen nicht mehr unterstützen können, zeigt das, wie katastrophal die Situation mittlerweile ist.

... eine wichtige Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Die Soziallasten werden angemessen abgebildet. Mit dem jetzt eingeführten Flächenansatz, dem neuen Demographiefaktor und einem an Halbtags- und Ganztagschülern und -schülerinnen orientierten Schüleransatz ist unser GFG modern aufgestellt.

... problematisch, weil hierdurch erhebliche Umverteilungen zu Lasten von Städten und Gemeinden insbesondere in ländlichen Gebieten hervorgerufen werden.

... abwegig. In NRW sind mittlerweile alle Kommunen chronisch unterfinanziert und müssen sich immer mehr verschulden. Dies führt zu massiven sozialen Problemen und zu zunehmender Perspektivlosigkeit gerade bei jungen Menschen. DIE LINKE will daher auch 2012 mehr soziale Gerechtigkeit!

Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
15/3769	Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, SPD, Grüne	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 25.1.2012
15/3735	Gesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiter/-innen und Sozialpädagogen/-innen, LR	Vorschlag: Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	1. Lesung 26.1.2012
15/3563	Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, CDU, FDP	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 25.1.2012
15/3532	Änderung der Verfassung, Linke	Haupt- und Medienausschuss	Anhörung geplant
15/3493	Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes, LR	Sozialausschuss	Beratung läuft
15/3427	Stärkungspaktfondsgesetz, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 27.1.2012 Auswertung 2.3.2012
15/3402	Gemeindefinanzierungsgesetz 2012, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 27.1.2012 Auswertung 2.3.2012
15/3400	Haushaltsgesetz 2012, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Beratung bis zur 2. Lesung am 14./15.3.2012, 3. Lesung 28.-30.3.2012
15/3535	Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen, SPD, Grüne	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 20.1.2012 Beratung 9.3.2012
15/3398	Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes etc., SPD, Grüne, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung geplant

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
15/3396	Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, CDU, SPD, Grüne	Haupt- und Medienausschuss	Anhörung 19.1.2012 Beratung 2.2.2012
15/3261	Entflechtung datenschutzrechtlicher Kompetenzen beim WDR, FDP	Haupt- und Medienausschuss	Beratung 2.2.2012
15/2988	Gesetz zur Fortentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 20.1.2012 Beratung 9.3.2012
15/2953	Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes, LR	Umweltausschuss	Anhörung 23.1.2012
15/2944	Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW, LR	Sozialausschuss	Ausschussberatung 1.2.2012
15/2852	Änderung des Ordnungsbehördengesetzes, CDU	Innenausschuss	Beratung läuft
15/2851	Wiedereinführung einheitlich sozial-gestaffelter Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung und der Beitragsfreiheit, Linke	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	Beratung läuft
15/2793	Einführung der untergesetzl. Normenkontrolle, FDP	Rechtsausschuss	Sachverständigengespräch geplant
15/2380	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Beratung läuft
15/2356	Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte, Linke	Wissenschaftsausschuss	Beratung läuft
15/1875	Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes, LR	Wissenschaftsausschuss	2. Lesung 25.1.2012
15/1068	Änderung der NRW-Verfassung (Artikel 83), CDU	Haupt- und Medienausschuss	Beratung 2.2.2012
15/474	Bibliotheksgesetz und Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Beratung ausgesetzt

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - im Plenum vom 8./9. Dezember 2011 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
15/3046	Beitreibungserleichterungsgesetz/Kfz-Zulassung	Landesregierung	1. Lesung 16.11.2011 2. Lesung 21.12.2011	angenommen
15/3045	Änderung des Straßen- und Wegegesetzes und des Bürokratieabbaugesetzes I	Landesregierung	1. Lesung 16.11.2011 2. Lesung 21.12.2011	angenommen
15/2436	Änderung des Landesaltenpflegegesetzes	Landesregierung	1. Lesung 29.9.2011 2. Lesung 21.12.2011	angenommen
15/2379	Sicherung von Tarifreue und Sozialstandards bei öffentlichen Aufträgen	Landesregierung	1. Lesung 22.7.2011 2. Lesung 21.12.2011	angenommen
15/2359	Änderung der Landesbauordnung	SPD, Grüne	1. Lesung 22.7.2011 2. Lesung 21.12.2011	angenommen
15/2209	Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach	CDU, SPD, Grüne	1. Lesung 29.6.2011 2. Lesung 21.12.2011	angenommen
15/1312	Erleichterung von Volksbegehren	SPD, Grüne	1. Lesung 25.2.2011 2. Lesung 21.12.2011	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

„Dann fällt eben die Bundesliga aus“

Fachleute: Große Meinungsunterschiede über Landeshaushalt 2012

19. Januar 2012 – Kritik am vorliegenden Landeshaushalt gab es mit Blick auf Verfassungsmäßigkeit und allgemeine Finanzpolitik bei der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Manfred Palmen, CDU). Die Mehrzahl der Fachleute sah angesichts guter Wirtschaftslage und sprudelnder Steuereinnahmen die Regierung in der Pflicht, mehr zu sparen.

Wenngleich er das finanzielle Plus für die Städte und Gemeinden begrüße, so sehe er doch große Probleme für den Landeshaushalt insgesamt, erklärte Dr. Christian von Kraack für die kommunalen Spitzenverbände. Diese resultierten wesentlich aus Ausgaben, die bislang nicht in den Haushalt aufgenommen worden seien. So sprach von Kraack von „Riesenkosten“ bei der Integration von behinderten Menschen in das Regelschulsystem (Inklusion). Nicht ausreichend berücksichtigte Kosten kämen seiner Meinung nach auch durch die geplanten Klimaschutzmaßnahmen auf die Kommunen und damit letztendlich auf das Land zu.

Das Land müsse die Ausgaben an die Einnahmen anpassen, forderte Elmar Clouth vom Landesrechnungshof mit Blick auf die kommende Schuldenbremse. Diese untersagt ab dem Jahr 2020 die Aufnahme neuer Kredite in konjunkturellen Normalzeiten. Vor diesem Hintergrund kritisierte Clouth, dass im Vergleich zum vergangenen Haushalt die prognostizierten Steuereinnahmen zwar um rund 4 Milliarden Euro anstiegen, die Nettoneuverschuldung aber nur um rund 850 Millionen Euro zurückgehe. Die Mehreinnahmen dienten also nicht im vollen Umfang zur Rückführung der Verschuldung.

WIE VORBEUGEN?

Als „finanzpolitisch leichtsinnig“ wertete Prof. Gisela Färber von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften den vorliegenden Haushaltsentwurf. Er beinhalte weder Vorkehrungen für die Schuldenbremse noch für einen möglichen Rückgang der Konjunktur oder steigende Zinssätze, die die Schuldenlast verteuerten. Färber hielt überdies die angenommenen Steuereinnahmen für zu optimistisch. Sollten sie aber stimmen, dann sei es nicht richtig, gleichzeitig höhere Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich zu veranschlagen. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Frankreich und beim Europäischen Rettungsfonds warnte sie auch vor einer möglichen Herabstufung der Bonität deutscher Gebietskörperschaften mit den daraus folgenden Konsequenzen für die weitere Kreditaufnahme.

Als „schwierigen Einstieg in die Schuldenbremse“ sah Ralph Brügelmann vom Institut der Deutschen Wirtschaft das Ausmaß der vorgesehenen Nettokreditaufnahme. Notwendig sei ein ambitionierter Konsolidierungskurs. Hierzu gehöre, die großen Ausgabenposten zu beschneiden oder kleinere Ausgaben- und damit Politikbereiche ganz aufzugeben. Letzteres könne er sich aber nur schwer vorstellen.

„Das strukturelle Defizit ist durch konjunkturbedingte Mehreinnahmen nicht vollständig abzubauen“, betonte Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung. Das strukturelle Defizit liege angesichts der guten Konjunkturlage in Höhe der heute veranschlagten Nettoneuverschuldung von rund 4 Milliarden Euro. Positiv sei, dass sich die Landesregierung zum Abbau dieses strukturellen Defizits verpflichtet habe, so Kambeck. Aber auch er monierte, man erkenne im Haushaltsplan noch nicht die konkreten Schritte des Abbaupfads. Dazu verwies er auf die Personalausgaben als größten Posten aller Ausgaben. Einsparmöglichkeiten in diesem Ausgabenbereich sah auch Heiner Cloesges vom Bund der Steuerzahler. Wenn weniger Personal, dann auch weniger Ausgaben, forderte Meinolf Guntermann vom Beamtenbund und von der Tarifunion NRW als Konsequenz aus der Debatte. Dieser Auffassung des Finanzministers könne er sich anschließen.

Die Schuldenbremse sei über Ausgaben senkungen nicht erreichbar, meinte Professor Heinz-Josef Bontrup: „Wir haben ein Riesen-

einnahmeproblem.“ Dies sei durch die völlig falsche Steuerpolitik in den letzten 20 Jahren im Bund ausgelöst worden. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen zwischen 1960 und 2010 von 34,7 auf 19,2 Prozent gesunken sei, müssten die Steuern vor allem für Reiche und Vermögende erhöht werden.

Einnahmeerhöhungen solcherart täten aber der Konjunktur gar nicht gut, entgegnete Dr. Stephan Wimmers von der Industrie- und Handelskammer. Er wendete sich denn auch eher gegen die vorgesehene Neuverschuldung und warnte, die Risiken von Seiten der WestLB, des Stärkungspakts Stadtfinanzen sowie der Pensionskosten seien im Haushalt noch nicht berücksichtigt.

Wer Einsparungen, zumal beim Personal, fordere, müsse auch sagen, wo denn gespart werden solle, forderte Andreas Meyer-Lauber vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Etwa bei den Lehrkräften – dann hätte man schlechtere Schulabgängerinnen und -abgänger. Oder in der Finanzverwaltung – dann hätte man geringere Steuereinnahmen. Oder bei der Polizei – dann falle eben die Bundesliga aus. cw

Foto: Schälte

+++ Meldungen +++

Anhörung: Altersversorgung der Abgeordneten

19. Januar 2012 – Welche Altersversorgung für NRW-Landtagsabgeordnete ist angemessen? Besteht Korrekturbedarf für die 2005 beschlossene und in seiner Form bislang einzigartige Diätenregelung des Landtags? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Anhörung im **Haupt- und Medienausschuss** (Vorsitz Wolfram Kuschke, SPD). Nach einem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen (Drs. 15/3396) soll der Pflichtbeitrag, den jede und jeder Abgeordnete für die eigene Altersversorgung in ein Versorgungswerk einzahlt, von 1.614 auf 2.114 Euro erhöht werden. Die Abgeordnetenbezüge sollen entsprechend aufgestockt werden, um die Altersversorgung langfristig abzusichern. Ohne die Anpassung falle die Altersversorgung der aktiven und künftigen NRW-Abgeordneten z.B. im Vergleich zu anderen Parlamenten kontinuierlich zurück, begründen die drei Fraktionen ihre Initiative.

In einer Debatte mit Für und Wider äußerten einige Fachleute Kritik an den geplanten Änderungen. Über die aktuelle Frage hinaus reichte die Anregung, in der laufenden Legislaturperiode die Entwicklung und Perspektiven des Versorgungswerkes auszuwerten. Gleiches gilt für die Frage, wie ein Landtagsmandat für Personen attraktiv bleiben könne, die für eine solche Übernahme politischer Verantwortung möglicherweise eine Unterbrechung der beruflichen Laufbahn in Kauf nehmen müssten.

E-Book: Neue Möglichkeiten, neue Gefahren

11. Januar 2012 – Vor über 500 Jahren revolutionierten gedruckte Bücher die bis dahin geltende Kunst der Abschrift per Hand, jetzt droht ihnen Gleiches durch digitale Ausgaben, sogenannte E-Books oder Digitalbücher. Der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar erläuterte im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) deren Vor- und Nachteile. So ließen sich auf einem elektronischen Lesegerät die Bücher einer ganzen Bibliothek leicht transportieren, dazu könne man lesefreundlich die Schriftgröße anpassen. Vor allem aber die multimedialen Möglichkeiten, also die Verbindung von Text, Ton und Video sowie die Verlinkung mit dem Internet böten bislang ungekannte Möglichkeiten. Hinzu komme die Interaktivität, der Online-Austausch mit anderen. Genau hier lägen aber seiner Meinung nach auch Gefahren: Wer hat die Übersicht und Kontrolle über die bereitgestellten Daten? Wer wählt das Buchangebot aus, kann Käuferinnen und Käufer even-

tuell in eine bestimmte Richtung lenken? Und wer hat einen Überblick über deren Buchauswahl und Leseverhalten? Die „Privatheit des Lesens“ war für Yogeshwar von hohem Rang, ebenso wie der Schutz des Kulturguts Buch. So sprach Yogeshwar sich dafür aus, die Rechte der Verlage zu erhalten, E-Book-Anbieter nationalem Recht zu unterwerfen, den Buchhandlungen den Handel auch mit digitalem Angebot zu ermöglichen, die Buchpreisbindung bei E-Books grenzübergreifend zu organisieren und vor allem das

Illustration: Peter Flock



ganze System transparent zu gestalten. Der Ausschuss folgte seiner Argumentation und will die einzelnen Vorschläge in weiteren Debatten erörtern.

Fachleute fordern Rückkehr zu einheitlichen Kita-Beiträgen

12. Januar 2012 – Über die Rückkehr zu einheitlichen Kita-Beiträgen haben Fachleute im **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** (Vorsitz Margret Vosseler, CDU) diskutiert. Grundlage hierfür war ein entsprechender Gesetzentwurf der Linksfraktion (Drs. 15/2851). Schwarz-Gelb hatte die Beitragserhebung im Jahr 2006 kommunalisiert. Seitdem erhebt jede Kommune die Gebühren eigenverantwortlich. Im Ausschuss sprach sich nun ein Großteil der Sachverständigen für wieder landesweit einheitliche sozialgestaffelte Beiträge aus – zumindest solange noch keine komplette Beitragsfreiheit erreichbar sei. Nur so erhielten alle Kindern dieselben Start-

chancen. Regional schwankten die Elternbeiträge derzeit stark. Dies sei nicht zu verantworten, so die Fachleute. Die kommunalen Spitzenverbände wiesen allerdings auf Einnahmeausfälle für Städte und Gemeinden hin, die mit einer Rückkehr zu einheitlichen Gebühren verbunden seien. Dafür müsse das Land nach dem Konnexitätsprinzip aufkommen. In diesem Zusammenhang forderte der Landeselternrat, die dort entstehenden Kosten genau zu prüfen. Denn möglicherweise könne es sinnvoller sein, das Geld stattdessen direkt für ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr einzusetzen.

Umlage auf kommunaler Ebene

20. Januar 2012 – Eine bessere Anpassung haushaltsrechtlicher Regelungen über die Umlageerhebung an die öffentlichen Bedürfnisse stand im Mittelpunkt einer Anhörung im **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Carina Gödecke, SPD). Hintergrund ist die Stärkung der Eigenverantwortung von Städten und Gemeinden durch das Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement. Aufgrund örtlicher Erfahrungen habe sich jedoch ein Verbesserungsbedarf bei den gesetzlichen Bestimmungen über die Umlageerhebung durch die Kreise und sonstigen Umlageverbände herausgestellt, schreiben SPD, Grüne und FDP in der Begründung ihrer Gesetzesinitiative.

Dampfende Zigaretten

18. Januar 2011 – Mit der Legalität des Verkaufs von E-Zigaretten hat sich der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) beschäftigt. Nach Auffassung des Gesundheitsministeriums fallen solche nikotinhaltenen Liquids anders als Tabak unter das Bundesarzneimittelgesetz und sind deshalb zulassungspflichtig. Eine Zulassung existiere bislang aber nicht. Es sei daher wichtig, die Verbraucherinnen und Verbraucher auf die Gefahren der E-Zigarette hinzuweisen, betonte Gesundheitsministerin Barbara Steffens im Ausschuss. Viele wögen sich in falscher Sicherheit. Zudem fühlte sich Steffens in ihrem Runderlass an die vor Ort zuständigen Aufsichtsbehörden zur aktuellen Rechtsbasis rund um den E-Zigaretten-Handel bekräftigt: Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte in der laufenden Woche die Unterlassungsklage einer entsprechenden Vertriebsfirma gegen ihr Ministerium zurückgewiesen.

Foto: Schälte

Shopping und Lebensqualität

Zwischenbilanz zu verlängerten Ladenöffnungszeiten

18. Januar 2012 – Bequem einkaufen, wer will das nicht? Dass die in NRW seit Ende 2006 geltenden längeren Ladenöffnungszeiten aber sowohl Vor- als auch Nachteile haben, wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) bei einer Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft deutlich.

Die jetzige Regelung der Ladenöffnungszeiten samt erleichteter Durchführung verkaufsoffener Sonntage habe sich „eindeutig bewährt“, positionierte sich der Einzelhandelsverband NRW gegen mögliche Änderungen. Immerhin fielen 10 bis 15 Prozent der Umsätze auf die Zeit nach 20 Uhr, erklärte dessen Vertreter Dr. Peter Achten. Zudem hätten die längeren Ladenöffnungszeiten mehr Arbeitsplätze in allen Beschäftigungsformen geschaffen.

Die Konsumgewohnheiten hätten sich eben geändert, betonte Stefan Postert von der Vereinigung der IHK in NRW. Ohne die heutige Flexibilität drohe eine verstärkte Abwanderung der Käuferinnen und Käufer in nah gelegene niederländische und belgische Einkaufszentren, warnte Jörg Hamel vom Einzelhandelsverband Aachen-Düren-Köln. Für grenznahe Gemeinden sollten daher erweiterte Regelungen wie für Kurorte, Ausflugs- und Wallfahrtsorte gelten, so Dr. Frank Wackers vom Handwerkstag NRW.

KONSEQUENZEN

Eine Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeit- oder gar Minijobs, teils gegen den Willen der Betroffenen, kritisierte dagegen Carmen Tietjen für den DGB-Bezirk NRW als Folge der längeren Öffnungszeiten. Nacharbeit gefährde die Gesundheit und führe damit zu Folgekosten, die die Allgemeinheit tragen müsse, warnen Lieselotte Hinz und Folkert Küpers für die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Man müsse auch bedenken, dass die Angestellten ein Privatleben und Zeit für Familie, Freizeit und Vereine haben müssten, betonte Ernst-August Kortenhuis von der Innung für Uhren, Schmuck und Zeitmesstechnik.

Als Gefahr für kleine, arbeitsintensive Familienunternehmen wertete Dieter Mückenberger, selbst Einzelhändler, die langen Ladenöffnungszeiten von großen Einkaufszentren. Der anwachsenden Insolvenzwellen könne das Land nur durch wieder kürzere Öffnungszeiten bis längstens 20 Uhr begegnen. Dies unterstrich auch Peter Karst für das Bäckerhandwerk. Die Verpflichtung, in Einkaufszentren bis zum Ladenschluss frische Backwaren vorzuhalten zu müssen, führe dazu, dass hier am Abend fast doppelt so viele Lebensmittel im Müll landeten.

Auf die Vorteile einheitlicher Öffnungszeiten, zumindest stadtteilbezogen, wies Anja Sabrowski, Betriebsratsvorsitzende bei Galeria Kaufhof in Gelsenkirchen, hin. Mit einem gemeinsamen Ladenschluss um 19 Uhr habe man gute Erfahrungen gemacht.

„Shopping“ sei ein wichtiges Reisemotiv, betonte dagegen Josef Sommer vom Tourismusverband. NRW solle sich an den längeren Öffnungszeiten anderer Länder orientieren, um in NRW die entsprechende Umsätze zu erzielen.

Änderungsbedarf bei der Uhrzeit des heutigen Ladenschlusses meldeten die kommunalen Spitzenverbände, vertreten durch Barbara Meißner, nicht an. Allerdings forderten sie, analog zu Baden-Württemberg ein Verbot des nächtlichen Alkoholverkaufs zu prüfen.

Hinsichtlich der längeren Ladenöffnungszeiten seien weder die damit verbundenen Hoffnungen noch die Befürchtungen eingetreten, stellte Klaus Müller von der Verbraucherzentrale NRW fest. Insgesamt seien die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht unzufrieden mit den neuen Möglichkeiten eines stressfreien Einkaufs, eine Kaufwelle in Richtung Abend sei aber nicht festzustellen. „Warum brauchen wir sie dann?“

fragte Hinz und verwies ebenso wie Tietjen auf gut gefüllte Kühlschränke. Und in Bayern sei ja auch um 20 Uhr Schluss mit Einkauf.

PROBLEM SONNTAGSÖFFNUNG

„Ein Leben ohne Unterbrechung macht krank“, verteidigte Kirchenrat Rolf Krebs vom Evangelischen Büro den freien Sonntag als hohes Kulturgut, das in die Schöpfungsordnung eingebunden sei: „Und ein einmal aufgegebenes Kulturgut holen wir nicht mehr zurück.“ Vor dem Gedanken, alles müsse jederzeit verfügbar sein, warnte auch Dr. Burkhard Kämper vom Katholischen Büro und fragte: „Ist Shopping wirklich ein Zeichen von Lebensqualität?“ Beide wiesen ebenso wie Tim Kurzbach von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) darauf hin, dass der Sonntag bereits am Sonnabend eingeläutet werde. Daher müsse am Samstag um 18 Uhr für alle die notwendige Ruhe einkehren. Außerdem habe die jetzige Praxis mit vier verkaufsoffenen Sonntagen pro Stadtteil gezeigt, dass es in einigen Kommunen mehr verkaufsoffene Sonntage als Wochen im Jahr gebe. Diese Regel funktioniere also nicht, so Kämper.

Ein Problem sahen die Fachleute bei den Ausnahmeregelungen für Bäckereien, Blumengeschäfte wie auch Hofläden an Sonn- und Feiertagen. Die Vertreter dieser Branchen wiesen auf die große Bedeutung des sonntäglichen Umsatzes hin. In der Debatte blieb dann aber offen, ob die bestehende Regelung, es dürften nur „überwiegend“ Blumen, Obst bzw. Backwaren verkauft werden, durch ein „ausschließlich“ ersetzt werden sollte. Oder ob eine abgeschlossene Liste von Produkten, die für den Sonntagshandel zugelassen seien, der bessere Weg sei. cw



Aus den Fraktionen

Laumann: Nichtraucher schützen, aber nicht Raucher per Gesetz erziehen

„Es war die schwarz-gelbe Landesregierung, die in Nordrhein-Westfalen zum 1. Januar 2008 einen gesetzlichen Nichtraucherschutz eingeführt hat. Bis dahin – also auch nach zehnjähriger Regierungs-
 beteiligung der Grünen – gab es keinen gesetzlichen Nichtraucherschutz in NRW. Jeder durfte rauchen, wo er wollte. Das haben wir mit unserem Nicht-
 raucherschutzgesetz geändert“, betont der Vorsit-
 zende der CDU-Landtagsfraktion,
 Karl-Josef Laumann.

„Jetzt soll das Nichtraucher-
 schutzgesetz von 2008 novelliert
 werden. Denjenigen, die zu ihrer
 früheren Regierungszeit keinen Fin-
 ger gerührt hatten, ist es nicht radi-
 kal genug. Die Regierung Kraft will
 für alle Gaststätten und Kneipen ein
 uneingeschränktes Rauchverbot.



Karl-Josef Laumann (CDU)
 (Foto: Zierhut)

Das Thema wird sehr emotional debattiert. Umso wichtiger ist, dass klar ist, worüber ge-
 stritten wird und worüber nicht.

Nicht gestritten wird über die Gesundheits-
 schädlichkeit von Tabakrauch. Sie ist bewiesen. Deshalb wird auch nicht gestritten über den
 absoluten Vorrang des Nichtraucherschutzes. Strittig ist eine andere Frage: Soll der vorrangige
 Nichtraucherschutz durch ein abso-
 lutes Rauchverbot in allen Gast-
 stätten durchgesetzt werden? Das
 ist der Weg, den Rot-Grün jetzt
 einschlagen will. Damit beschrei-
 tet die Regierung Kraft einen Weg
 der Bevormundung, den der Ge-
 setzgeber nicht beschreiten sollte.
 Zum Nichtraucherschutz würde es
 ausreichen, für eine nach Geist und

Buchstaben strikte Einhaltung unseres Gesetzes
 von 2008 zu sorgen.

Wenn es Menschen gibt, die abends bei ein-
 em Bier in der Eckkneipe gerne eine Zigarette
 rauchen, und wenn sie damit keinen Nichtrau-
 cher belästigen und keinem Nichtraucher einen
 Gaststättenbesuch unmöglich machen, dann
 mag man sagen: Sie tun etwas Unvernünftiges
 und Gesundheitsschädliches, was sie besser
 nicht tun sollten. Aber es ist nicht Sache des Par-
 laments, sie per Gesetz zu erziehen. Das ausge-
 wogene Gesetz von 2008 bleibt richtig. Es muss
 richtig umgesetzt werden.“



Klimaschutz und Energiewende – NRW ist Vorreiter

Die globale Erwärmung hat Auswirkungen auf
 sämtliche Lebensbereiche des Menschen. Sie
 verursacht langfristige und großenteils irrever-
 sible Schäden. Sie bedroht die natürlichen Le-
 bensgrundlagen der Menschheit weltweit. Die
 von SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
 geführte Landesregierung hat deshalb im Okto-
 ber 2011 den Entwurf für ein Klimaschutzgesetz
 für Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Dadurch
 sollen die Transparenz und die Verbindlichkeit
 zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele
 erhöht werden. Das Gesetz führt zu weitreichen-
 den Regelungen in den unterschiedlichsten Berei-
 chen unserer Gesellschaft. Damit diese Regelun-
 gen auch von den Betroffenen akzeptiert werden,
 ist die SPD-Landtagsfraktion in einen offenen
 und kontinuierlichen Dialog eingetreten. An-
 fang des Jahres trafen die sozialdemokratischen

Energie- und Klimaschutz-
 politiker in der Villa Horion
 des Landtags auf Akteure u.a.
 aus der Wirtschaft, den Ge-
 werkschaften, Forschungs-
 einrichtungen und Vertreter
 der Europäischen Union. SPD-Fraktionschef Nobert
 Römer (Foto) stellte in seiner
 Begrüßung fest, dass Nordrhein-Westfalen mit
 dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutz-
 plan Vorreiter für ganz Deutschland werde.

Die Vertreter aus der Wirtschaft und den Ge-
 werkschaften machten in der Diskussion deutlich,
 dass der Klimaschutz ein Fortschrittmotor sei.
 Denn insbesondere am Industriestandort NRW
 können durch Klimaschutzmaßnahmen Arbeits-
 plätze im Erneuerbare-Energien-Sektor geschaf-



fen werden. Allerdings müsse
 das Land verlässliche Rah-
 menbedingungen schaffen,
 die allen Akteuren die not-
 wendige Planungssicherheit
 gebe, und der NRW-Wirt-
 schaft dürften keine Sonder-
 lasten aufgebürdet werden.
 Diese Einschätzungen teilt

die SPD-Fraktion ausdrücklich. Zudem müssen
 auch die berechtigten Interessen der Bürgerinnen
 und Bürger, insbesonde-
 re in den einkommens-
 schwachen Haushalten,
 in den weiteren Beratun-
 gen im Gesetzgebungs-
 verfahren berücksichtigt
 werden.



Jahresauftakt in Grün

Zur traditionellen Fraktionsklausur konnte Fraktionschef Reiner Priggen in diesem Jahr Jürgen Trittin begrüßen. Gemeinsam mit dem grünen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag wurde die NRW-Agenda diskutiert. Auf TOP 1 ist der Landeshaushalt für das laufende Jahr 2012. Der Rot-Grüne Entwurf bleibt mit seinen Ausgaben deutlich unter der verfassungsrechtlich vorgesehenen Obergrenze und kann dennoch klare Akzente etwa in Bildung und Entlastung der Kommunen setzen. Die Oppositionsfraktionen verweigern bislang eine konstruktive Mitarbeit. Während CDU und FDP weitere Kürzungen verlangen, selbst aber keine Vorschläge machen, will die LINKE deutlich höhere Ausgaben. Da der Bund immer wieder Belastungen auf die Länder und Kommunen abwälzt, ohne für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen, sind



Jürgen Trittin (Grüne)



Reiner Priggen (Grüne)

die Einsparmöglichkeiten ohnehin begrenzt. Schwarz-Gelb muss auch auf der Bundesebene abgelöst werden.

Der NRW-Haushalt wird Ende März abgestimmt. Findet der Entwurf keine Mehrheit, gibt es entweder eine Große Koalition oder Neuwahlen.

Ein weiteres aktuelles Thema auf der Agenda ist das Nichtraucherschutzgesetz. Nach dem bayerischen Vorbild soll nun auch in NRW eine konsequente Regelung eingeführt werden, die keine Schlupflöcher mehr zulässt. Es geht um Nichtraucherschutz, der seinen Namen verdient.

Auf dem Prüfstand steht auch das aktuelle Ladenöffnungsgesetz. Die Diskussionen – insbesondere um den Sonntag und die zum Teil ausufernden Regelungen – haben begonnen. Das Landtagsjahr 2012 verspricht spannend zu werden. ■



Brockes: Liberale Ladenöffnungszeiten haben sich bewährt

Die Regierungskoalition plant massive Einschränkungen der Ladenöffnungszeiten. Aus Sicht der FDP hat sich das liberale Ladenöffnungsgesetz (LÖG) jedoch voll und ganz bewährt. Die FDP möchte nicht, dass die Politik Bürgern vorschreibt, wie sie ihre Einkaufsgewohnheiten gestalten. „Die Bürger in NRW können selber entscheiden, wann sie einkaufen. Ebenso muss es dem Einzelhändler überlassen sein, wann er sein Geschäft öffnen möchte“, betont Dietmar Brockes, Wirtschaftsexperte der FDP-Fraktion. Unter Regierungsverantwortung hat die FDP 2006 die Ladenöffnungszeiten liberalisiert. Das LÖG ermöglicht es den Händlern, von Montag bis Samstag frei zu entscheiden, wann sie ihre Geschäfte öffnen. Sonn- und Feiertage sind grundsätzlich geschützt, lediglich vier Sonntage im Jahr können die Kommunen in Eigenverant-

wortung für den Verkauf freigeben. „Damit ist ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und der Verbraucher gelungen.“ Rot-Grün möchte die Öffnungszeiten jetzt wieder beschränken. „SPD und Grüne sollten die Finger von den Ladenöffnungszeiten lassen. Die Arbeitswelt der Verbraucher hat sich ebenso wie das Freizeitverhalten in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Mit der Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat die FDP auf die Bedürfnisse der Menschen reagiert“, sagt Brockes. Viele Einzelhändler haben die flexiblen Zeiten ausprobiert und für sich und ihre Kunden eine



Dietmar Brockes (FDP)

gute Lösung gefunden. Auch die kommunalen Spitzenverbände, die Wirtschaftsverbände, die Verbraucherzentrale und Tourismus NRW haben bestätigt, dass sich die Ladenöffnungszeiten bewährt haben. Durch die liberalisierten Öffnungszeiten sind zahlreiche neue Jobs entstanden, insbesondere bei den sozialversicherungspflichtigen aber auch bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. „Kürzere Ladenöffnungszeiten werden zu Arbeitsplatzabbau im Einzelhandel führen und die Freiheit sowie Flexibilität von Verbrauchern und Geschäftsinhabern unverhältnismäßig einschränken“, warnt Brockes. Eine solche Bevormundung der Menschen ist mit der FDP nicht zu machen. ■



Mehr Fairness gegenüber Ungläubigen!

Knapp ein Viertel aller Menschen in Nordrhein-Westfalen gehörte im Jahr 2006 keiner Religionsgemeinschaft an. Bundesweit stellen die „Bekennnislosen“ mit über einem Drittel sogar die größte Gruppe in der Religionsstatistik. Dennoch fragt die Politik nie nach deren Bedürfnissen – zum Teil sicherlich, weil Konfessionslose anders als die christlichen Kirchen kaum über eine organisierte Lobby verfügen. „Es liegt aber auch daran, dass unter Religionsfreiheit vornehmlich der Schutz der konfessionsgebundenen Mehrheit verstanden wird“, meint Ralf Michalowsky, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. „Zur



Ralf Michalowsky (Linke)

Glaubensfreiheit gehört aber auch die Freiheit, ausdrücklich nicht zu glauben.“

Der LINKEN wird gern Kirchenfeindlichkeit vorgeworfen. „Mal unabhängig davon, dass viele bekennende und praktizierende Christinnen und Christen bei uns aktiv sind, treten wir in unserem Programm ausdrücklich für den Schutz von Weltanschauung und Religion ein“, erläutert Michalowsky. „Das steht nicht im Widerspruch dazu, dass wir in vielen Punkten mit der Institution Kirche kritischer umgehen als andere Parteien.“ Damit folgt DIE LINKE keinem ganz neuen Trend: Die Epoche der Aufklärung setzte bereits vor über 250 Jahren ein.

Wenn das Bestreben seiner Fraktion, den zahlreichen Atheisten/-innen im Landtagsplenum eine Stimme zu geben, als „perfide“ und „überzogen“ dargestellt werde, fragt sich der Gladbecker

Abgeordnete, „ob der Geist der Aufklärung in den anderen Fraktionen angekommen ist“. Dabei zeigt er sich sicher, dass die angeblich so radikalen Positionen der LINKEN durchaus eine Mehrheit haben: „Aus meiner langjährigen Erfahrung als SPD-Mitglied weiß ich, dass viele Abgeordnete die Bevorzugung der Institution Christentum ebenso kritisch sehen wie ich, aber dieses Thema bisher nicht offen ansprechen wollen.“ Darüber hinaus gebe es auch zahlreiche Gläubige, die mit „ihrer“ Kirche nicht zufrieden sind. „Also“, so Michalowsky an die anderen Parteien: „Denken Sie auch mal an den atheistischen Wähler. Sonst tun nur wir es.“ ■



Der Raum der Stille

Seit Weihnachten verfügt der Landtag über einen ganz besonderen Ort

Foto: Schälte



Landtagspräsident
Eckhard Uhlenberg (CDU)

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste!

Mit besonderer Freude und Wertschätzung begrüße ich den Künstler, der unsere ‚Einhaltestelle‘ in Ausführung, Ausstattung und Bildern künstlerisch gestaltet hat. Herzlich willkommen, Prof. Gotthard Graubner und Frau Kitty Kemr. Meine herzlichen Willkommensgrüße gelten ebenfalls den Leitern des katholischen und des evangelischen Büros. Kirchenrat Rolf Krebs, Prälat Martin Hülskamp und sein Vorgänger Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt haben durch ihre Initiative und Beharrlichkeit wesentlichen Anteil am Weg und Werden dieses Projektes: Schön, dass Sie bei uns sind. [...]

In diesem Gebäude hat nun Prof. Gotthard Graubner mit Raumgestaltung und Bildern einen Ort geschaffen, der zu Meditation und innerer Einkehr anregt. [...] Jede Besucherin und jeder Besucher wird diesen Raum individuell erleben: Als einen Zwischenhalt für Nachdenklichkeit. Als ‚Tankstelle‘ für die Gewissensbildung oder für geistige Frische. Und – nicht zuletzt – als Ort des persönlichen und gemeinsamen Gebetes. [...]

Staat und Politik können Werte und Sinn nicht ‚herstellen‘, auf denen sie aufbauen und denen sie dienen. Daher erscheint es mir folgerichtig, dass sich im Zentrum der politischen Willensbildung auch ein Ort der Besinnung und Reflexion über Werte und Sinn unseres Tuns befindet. [...]

Der Raum der Stille wird offen für alle sein. Er steht Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch einzelnen Besuchern offen. [...]

Eine exzellente Empfehlung war [...] Gotthard Graubner, [der] mit seinen unverwechselbaren Farbraumkörpern schon an herausragenden Orten vertreten ist, zum Beispiel in Schloss Bellevue und im Deutschen Bundestag. Farbe und Licht bestimmen sein Werk. [...]

Die notwendigen zusätzlichen Bauarbeiten haben unsere Eröffnung ganz nah an Weihnachten gerückt. Ein Zufall, gewiss. Für mich ein schönes Zusammentreffen. [...] Für die einen können das Licht und die Farbigekeit im Raum der Stille vielleicht Klarheit und Leuchtkraft des Intellekts symbolisieren. Andere erleben diese Begegnung als Andacht, Gebet und religiöse Erfahrung. Sie verbindet sich z. B. in den Texten des Alten und Neuen Testaments oft mit dem Erlebnis von Licht.

Wir haben mit dem Raum der Stille nun einen Ort, der einlädt, sich in schwierigen Situationen in Ruhe den eigenen Weg gedanklich neu ‚ausleuchten‘ zu lassen und mehr Klarheit zu gewinnen für unser persönliches Tun. [...]



Dr. Fritz Behrens (SPD)

„Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Graubner,

[...] Gotthard Graubner selbst erklärt die Entstehung seiner Malerei als ein ‚Zwischen‘: nämlich zwischen Caspar David Friedrich und dem späten William Turner. [...] Während der eine die Ausdruckskraft der Ewigkeit heraufbeschwört, feiert der andere die Schönheit einer einzigen Sekunde. [...]

Bereits 1985 vermerkte Dieter Honisch, lange Jahre Direktor der Nationalgalerie in Berlin, über den Maler: „[...] Er ging stetig seinen Weg und ebenso stetig seiner Arbeit nach in manchmal irritierender Gelassenheit. ... Gotthard Graubner

verkörpert, ebenso wie sein Werk, eine besondere Präsenz oder Qualität oder Intensität oder auch Nähe, der sich niemand entziehen kann.“

1930 in Erlbach, im Vogtland, geboren, studierte Gotthard Graubner wie Casper David Friedrich auch an der Kunstakademie in Dresden [...] und legte seinen Abschluss 1959 an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf bei Georg Meistermann ab. Schmunzelnd erzählt Gotthard Graubner heute, dass er Malen gelernt habe wie die alten Meister und die realistische Wiedergabe von Wirklichkeit ihm jederzeit möglich sei. Aber das wollte er nie, sondern er wollte die Farbe zum Klingen bringen. [...]

Bis heute bearbeitet der Künstler die auf dem Boden liegende Bildfläche mit Schwämmen und Kissen. Das ungewöhnliche Werkzeug erlaubt es ihm, die Malfläche gleichmäßig erscheinen zu lassen und doch durch den Zufall gesteuert die Far-

be innerhalb der Fläche zu bewegen. Der Kissen-Abdruck wirft größere oder kleinere Bläschen, die manchmal gerinnen, sich vereinigen oder in Lasuren übereinander gelegt, einen Farbraum evozieren. [...] Der Bildraum erschien Graubner jedoch immer noch nicht tief genug, das Atmen der Farbe war noch zu flach. Er musste, um seinen Bildern die Lebendigkeit geben zu können, die er sich wünschte, den Bildraum vertiefen. [...]

Die Reden sind in gekürzter Fassung wiedergegeben. Die ungekürzte Langfassung der Rede des Landtagspräsidenten können Sie auf der Internetseite des Landtags nachlesen, www.landtag.nrw.de.

In Kürze wird auch eine Publikation über den Raum der Stille erscheinen, Tel. (0211) 884-2851. Bereits heute gibt es ein Video im Internet auf www.landtag.nrw.de. ▣

Porträt: Dr. Fritz Behrens (SPD)



Fritz Behrens erinnert sich noch genau an den Tag, als ihn die Polizei suchte. Es war Anfang Juli 1995, und er, der designierte NRW-Justizminister, war mit seiner Familie zum Campingurlaub aufgebrochen, obwohl die Regierungsbildung nach der Landtagswahl noch nicht abgeschlossen war. Johannes Rau tat sich schwer mit dem Personaltableau für sein neues Kabinett, weil er auch die Grünen berücksichtigen musste.

Familie Behrens aber wollte weg. Auf der A 61 hörte sie, wie der Verkehrsfunk im Radio das Kennzeichen ihres Autos durchgab und bat, sich bei der Polizei zu melden. Dann schwebte ein Hubschrauber über seinem Wagen mit dröhnendem Megaphon. Behrens fuhr raus und wurde an die Staatskanzlei verwiesen. Dort erfuhr er, dass Rau sich entschieden hatte. „Wir haben dann Familienrat gehalten, mit Frikadellen auf der Raststätte“, erzählt Behrens. Er versprach seiner Frau und seinen beiden Kindern, dass sie eine Woche später in Urlaub fahren würden. Rau war freilich dafür bekannt, sich gern Zeit zu lassen. Aber am 17. Juli bekam der angehende Minister seine Ernennungskurkunde und eilte in den Urlaub.

Fritz Behrens kann viele solcher Anekdoten erzählen, aus denen sich einiges lernen lässt: über die Beharrlichkeit und Ungeduld von Behrens, über die Entscheidungsfreude von Rau und welche großen Hebel mitunter die Politik in Gang setzt, um etwas zu erreichen. Der 63-jährige Neusser ist früh mit diesen Hebeln in Berührung gekommen. Zunächst schien er als Student der Rechts- und Staatswissenschaften wegen exzellenter Noten prädestiniert zu sein für eine Karriere als Richter. 1976 promovierte er zum Zukunftsthema „Rechtsgrundlagen der Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaften“. Auf den ersten Blick sah man ihm seinen Werdegang nicht an, weil er einen verwegenen dichten Bart trug. „Ich sah aus, als ob ich bei den ‚Saints‘ Beatmusik machen würde“, erzählt Behrens. So hieß damals seine Band, in der er den Bass zupfte.

Neben der Juristerei lockte ihn die Politik immer stärker. Bereits mit 23 Jahren trat Behrens in die SPD ein. Der gebürtige Göttinger lernte in seinem Referendariat die Staatskanzlei der niedersächsischen Landesregierung unter Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) kennen. Dann stieß er auf eine Stellenanzeige der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, deren politische Ausrichtung ihm entsprach. Gleich nach seinem zweiten Staatsexamen wechselte Behrens in die Abteilung für Ressortkoordination und politische Planung nach Düsseldorf.

Zum damaligen Chef der Staatskanzlei Herbert Schnoor entwickelt er ein besonderes Vertrauensverhältnis. Behrens wurde dessen persönlicher Referent und wechselte mit ihm ins Innenministerium. Rau berief Behrens dann 1983 zu seinem Büroleiter. 1986 wurde er zum Düsseldorfer Regierungspräsidenten und

1995 zum Justizminister ernannt. Als Clement drei Jahre später die Nachfolge von Rau antrat, übernahm Behrens eine unter Verfassungsrechtlern umstrittene Ressortkombination: Er wurde Minister für Inneres und Justiz, freilich nur für wenige Monate, weil der Verfassungsgerichtshof NRW nach einer CDU-Klage monierte, dass der Landtag bei dieser wichtigen Entscheidung hätte miteinbezogen werden müssen. Behrens übernahm das Innenressort, ein Krisenjob, wie sich bald herausstellte. Das Jahr 2000 ist ihm in besonderer Erinnerung: ermordete Polizisten, Bombenexplosion an der S-Bahn-Station Düsseldorf-Wehrhahn, Brandschlag auf die Düsseldorfer Synagoge, Castortransporte, die Debatte um das NPD-Parteiverbot. Behrens absolvierte Sondersitzungen mit den Amtskollegen und musste Oppositionskritik abwehren. „Das Ministerium kümmert sich intensiv um die Sicherheitslage in diesem Lande“, betonte er damals im Landtag. Auch künftig werde man „bei Schutzmaßnahmen aller Art, auch den schärfsten, Anschläge nicht ausschließen können“. Kaum ein Jahr später geschahen die Terroranschläge des 11. September.

Zugleich verschlechterte sich die Lage für die SPD. Behrens ahnte früh, dass die Landtagswahl 2005 schlecht für seine Partei ausgehen wird. Nach der Niederlage kam er über die Landesliste in den Landtag. Er konzentriert sich nun auf den Vorsitz des Kulturausschusses und die Aufgabe als Präsident der Kunststiftung NRW. Eine wichtige Entscheidung hat Behrens für die nächste Legislaturperiode getroffen: Er wird nicht noch einmal für den Landtag kandidieren. Er will die anwaltliche Beratung noch ausbauen und kann sich über mangelnde Arbeit nicht beklagen: „Mein Terminkalender ist voll wie zu Ministerzeiten“ – sein Smartphone unterstreicht dies während des Gesprächs immer wieder mit leisem Zirpen.

Kristian Frigelj

Landtag Nordrhein-Westfalen - Terminplan 2012



	Januar					Februar					März					April					Mai					Juni				
KW	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26				
Mo	2	9	16	23	30	6	13	20	27	5	12	19	26	2	9	16	23	30	7	14	21	28	4	11	18	25				
Di	3	10	17	24	31	7	14	21	28	6	13	20	27	3	10	17	24	1	8	15	22	29	5	12	19	26				
Mi	4	11	18	25	1	8	15	22	29	7	14	21	28	4	11	18	25	2	9	16	23	30	6	13	20	27				
Do	5	12	19	26	2	9	16	23	1	8	15	22	29	5	12	19	26	3	10	17	24	31	7	14	21	28				
Fr	6	13	20	27	3	10	17	24	2	9	16	23	30	6	13	20	27	4	11	18	25	1	8	15	22	29				
Sa	7	14	21	28	4	11	18	25	3	10	17	24	31	7	14	21	28	5	12	19	26	2	9	16	23	30				
So	1	8	15	22	29	5	12	19	26	4	11	18	25	1	8	15	22	29	6	13	20	27	3	10	17	24				

	Juli					August					September					Oktober					November					Dezember							
KW	26	27	28	29	30	31	31	32	33	34	35	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	44	45	46	47	48	49	48	49	50	51	52	53
Mo	2	9	16	23	30	6	13	20	27	3	10	17	24	1	8	15	22	29	5	12	19	26	3	10	17	24	31	4	11	18	25		
Di	3	10	17	24	31	7	14	21	28	4	11	18	25	2	9	16	23	30	6	13	20	27	4	11	18	25	5	12	19	26			
Mi	4	11	18	25	1	8	15	22	29	5	12	19	26	3	10	17	24	31	7	14	21	28	5	12	19	26	6	13	20	27			
Do	5	12	19	26	2	9	16	23	30	6	13	20	27	4	11	18	25	1	8	15	22	29	6	13	20	27	7	14	21	28			
Fr	6	13	20	27	3	10	17	24	31	7	14	21	28	5	12	19	26	2	9	16	23	30	7	14	21	28	8	15	22	29			
Sa	7	14	21	28	4	11	18	25	1	8	15	22	29	6	13	20	27	3	10	17	24	1	8	15	22	29	8	15	22	29			
So	1	8	15	22	29	5	12	19	26	2	9	16	23	30	7	14	21	28	4	11	18	25	2	9	16	23	30	9	16	23	30		

■ = Plenarsitzungen □ = Sitzungswochen

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
 Eckhard Uhlberg
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
 Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
 Sonja Wand (sow, Redakteurin),
 Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
 Redaktionelle Mitarbeit:
 Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
 Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
 Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de
Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marc Herter MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Özlem Alev Demirel MdL (Linke), Parlamentarische Geschäftsführerin; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Nalan Öztürk (Grüne), stv. Pressesprecherin; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de
Herstellung und Versand:
 WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg
Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
 www.landtag.nrw.de
Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 24. Januar bis 7. Februar 2012

24.1. Steffens, Barbara (Grüne)	50
24.1. Jörg, Wolfgang (SPD)	49
26.1. Dudas, Gordan (SPD)	41
28.1. Schultheis, Karl (SPD)	59
4.2. Priggen, Reiner (Grüne)	59

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

25.1. Dr. Pohlenz, Hans-Jürgen (SPD)	85
29.1. von Alemann, Mechthild (FDP)	75
7.2. Kasper, Richard (SPD)	80

Auszeichnung

Aufgrund seiner „steten Anteilnahme am politischen und sozialen Leben in der Landeshauptstadt Düsseldorf“ sowie der „wohlwollenden Unterstützung von Projekten des Heine-Zirkels“ wurde Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg Anfang Januar die Heine-Büste verliehen. Die Auszeichnung erfolgte durch den Vorsitzenden des Freundeskreises Heinrich Heine, Karl-Heinz Theisen.

Würdigung

Am 7. Februar 2012 feiert die Düsseldorfer Volksvertretung wieder den „Närrischen Landtag“. Zum einen werden hierbei Persönlichkeiten des Karnevalsbrauchtums geehrt. Zum anderen empfängt der Landtag 77 Tollitäten (Prinzen/Prinzenpaare und Dreigestirne) aus ganz NRW.

Erinnerung

Vom 23. Januar bis zum 3. Februar 2012 präsentiert die Lore-Lorentz-Schule aus Düsseldorf eine Wanderausstellung im Landtag zu ihren Exkursionen mit Schülerinnen und Schülern der Schule sowie Studierenden der Bergischen Universität Wuppertal in das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau und nach Krakau. Anlass ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und der Internationale Holocaust-Gedenktag. Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee befreit. Die Ausstellung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Exkursion im September 2010 gestaltet. Sie kann nach Voranmeldung besichtigt werden, Tel. (0211) 884-2129.

Landtag Intern erscheint wieder zum nächsten Plenum am 2. Februar 2012.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 26. Januar 2012 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Den Blick über den Tellerrand ...

... warten auch dieses Jahr wieder die Sternsinger der Pfarrgemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk, die dem Landtag die Segenswünsche „Christus mansionem benedicat“ – Christus segne dieses Haus – überbrachten. „Wir sind die Stimme der Kinder, die ganz stumm am Rande stehn, wir sind die Füße der Kinder, die keinen Weg mehr gehn“ sangen die kleinen Königinnen und Könige im Düsseldorfer Parlamentsgebäude. Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg freute sich über den „königlichen“ Besuch und begleitete die Kinder zum Plenarsaal, wo ihr Segensspruch, mit Kreide geschrieben, die Beratungen der Volksvertretung das Jahr über begleiten sollen. In diesem Jahr engagieren sich die Sternsinger unter dem Motto „Klopft an Türen, pocht auf Rechte“ für Kinderrechte in der ganzen Welt, Beispielland ist Nicaragua.

Foto: Schälte

